

Und plötzlich hat die Schweiz ein Problem

Kampf um Seltene Erden: China stoppt die Ausfuhren weltweit nach Trumps Strafzöllen. Die Schweizer Industrie bangt.

Othmar von Matt

Das Weisse Haus bezeichnet das Rohstoffabkommen mit der Ukraine als «historisch». Parallel dazu streckt US-Präsident Donald Trump seine Finger nach Grönland aus. In beiden Ländern spielen kritische Rohstoffe, darunter vor allem Seltene Erden, eine zentrale Rolle. In Grönland wie in der Ukraine gibt es davon grosse Vorkommen. Sie gelten als Gold der Zukunft.

Mit Trumps Präsidentschaft hat der Kampf um Rohstoffe ernsthaft eingesetzt. Einerseits will er sie für die USA sichern. Andererseits hat er mit Strafzöllen in der Höhe von 145 Prozent gegenüber China eine weltweite Verknappung provoziert: China stoppte als Gegenmassnahme den Export von Seltenen Erden und von Produkten mit Seltenen Erden. Und zwar in alle Länder, also auch in die Schweiz.

Chinas Ausfuhrstopp wird zum Problem

Das wird zum Problem. China hat ein Quasimonopol bei Seltenen Erden. 2024 förderte das Land 70 Prozent aller Seltenen Erden. Bei der Produktion liegt der Marktanteil oft noch höher. Bei Magneten etwa, die in Flugzeugen, Windrädern und militärischen Ausrüstungen eingesetzt werden, liegt er bei fast 100 Prozent. Magnete müssen temperaturbeständig sein. Dafür braucht es Samarium, eines der siebzehn Metalle, die zu den

Seltenen Erden gehören. Auch die Schweiz spürt die Folgen. Hunderte von Schweizer Unternehmen dürften von Chinas Ausfuhrverbot betroffen sein, sagt Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor von Swissmem, dem Verband der Tech-Industrie. Schweizer Unternehmen importieren zwar nur geringe Mengen an Seltenen Erden in Rohform: 100 Kilogramm, vor allem aus China. Bei Produkten, die mit Seltenen Erden veredelt sind, sieht es aber anders aus: Die Schweiz importiert 174 Tonnen.

«Es besteht das Risiko einer politischen Eskalation»

Dass sie das vorwiegend aus der EU tut, könnte zu einem zusätzlichen Problem werden, befürchtet Swissmem. «Die EU hat kein Freihandelsabkommen mit China», sagt Vizedirektor Kohl. «Deshalb könnte es sein, dass sich Schweizer Unternehmer plötzlich fragen müssen: Wie kommen wir zu Magneten aus der EU mit Seltenen Erden aus China?»

Für Kohl ist die Situation sehr fragil. «Die Unsicherheit ist

gross», sagt er. «Es besteht das Risiko einer politischen Eskalation. Zieht China die Ausfuhrrestriktionen gegen alle Länder konsequent durch, hat das kurz- bis mittelfristige Verwerfungen zur Folge.»

Auf Verwerfungen dieser Art ist die Schweiz schlecht vorbereitet. Zwar hat der Bundesrat noch am 13. Dezember 2024 einen Bericht zur «Versorgung der Schweizer Industrie mit mineralischen Rohstoffen für die Energiewende» verabschiedet. Darin ist aber nichts zu lesen von einer

dramatischen Verknappung kritischer Rohstoffe und Seltenen Erden, wie sie mit Trumps Präsidentschaft drohen könnte.

Zu lesen ist nur ein wenig alarmierender Satz: «Geopolitische Spannungen und umweltpolitische Bestrebungen haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die grossen Wirtschaftsblöcke USA, EU und China die Absicherung ihrer Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu stärken versuchen.»

Für Swissmem unverständlich. «Der Bundesrat verabschiedet den Bericht des Seco quasi am Vorabend von Donald Trumps neuem Zollregime», sagt Vizedirektor Kohl. Er betont: «Man hätte Trumps Wahlversprechen ernster nehmen können. Wenn ein möglicher Tsunami bevorsteht, darf man Negativszenarien – nämlich dass andere Staaten, namentlich China, auf Zölle der USA reagieren – nicht ausblenden.»

Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter formuliert die Kritik noch härter. Sie war es, die 2020 einen Bericht vom Bundesrat einforderte zur drohenden Verknappung von kritischen Rohstoffen und Seltenen Erden. Heute ist sie ernüchtert. «Es findet ein globaler politischer Kampf um Seltene Erden statt», sagt sie. «Nur die Schweiz findet, es gebe keinen Handlungsbedarf. Damit bewegen wir uns ins Abseits und gefährden unsere Versorgungssicherheit.»

«Wir wollen mit allen Handel treiben»

Die Wirtschaft sieht den Bundesrat in der Pflicht. «Da es hier um hoheitliche Entscheide von China geht, ist die Politik gefordert», sagt Jean-Philippe Kohl. «Die Schweiz sollte auf diplomatischer Ebene versuchen, Ausfuhrausnahmen zu erreichen.» Dabei werde die Schweiz betonen, dass sie «nicht als Umgehungsdrehscheibe» fungiere.

Dass Aussenminister Ignazio Cassis Ende April in China weilte und dort Aussenminister Wang Yi traf, ist für Swissmem ein «wichtiges Zeichen». Es zeige, sagt Vizedirektor Kohl: «Wir sind nicht Teil eines Blocks und wollen mit allen Handel treiben und Hürden abbauen.» Die Schweiz habe mit China langjährige gute diplomatische Beziehungen und arbeite daran, das Freihandelsabkommen weiterzuentwickeln.

Was sagt das Staatssekretariat für Wirtschaft zur Kritik, das Problem zu wenig ernst genommen zu haben? «Das Seco und die beteiligten Ämter haben sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und eine Bestandsaufnahme der bestehenden Herausforderungen erstellt», schreibt es. Als Massnahme sehe man etwa vor, die Import- und Versorgungsdaten regelmässig zu analysieren und zu aktualisieren. Auch solle die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Institutionen enger werden. Man wolle die Transparenz im Rohstoffsektor erhöhen.



Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter ist plötzlich im Clinch zwischen Donald Trump und Xi Jinping.

Bilder: Keystone, AP

Die Kastrations-Mission

Die Zahl der Katzen in der Schweiz steigt und steigt – und mit ihr die Zahl verwahrloster Tiere. Nun soll eine Chip-Pflicht das Katzenelend lindern. Doch reicht das? Unterwegs mit Tierschützern, die noch weiter gehen wollen.

Lea Hartmann

Schneeflöckli lässt die Untersuchung ohne Mucks über sich ergehen. Mit einem Handtuch fixiert hockt die Katze mit den eisblauen Augen auf dem Schragen und lässt sich von Tierärztin Jenny Turner die Ohren inspizieren. Milben. Mit einem Tuch reinigt Turner die Ohrmuscheln, bevor Tiermedizin-Studentin Melanie Do Sul die Entwurmungsspritze ansetzt.

So viel Zuwendung hat Schneeflöckli wohl noch nie bekommen. Insgesamt vier Mitarbeiterinnen der Tierklinik Sonnenhof in Derendingen SO kümmern sich um die etwas verwahrloste, aber zutrauliche Katze. Sie kratzen ihr ganze Brocken Zahnstein von den Zähnen, putzen Augen, kontrollieren das Fell auf Zecken und Flöhe. Dann gibts einen Pieks: Jenny Turner setzt dem Tier am Hals einen Chip ein. Zu hören ist ein Klicken, als der reiskorn-grosse Transponder aus der Nadel in die Haut schießt. Das Ganze geht so schnell, dass Schneeflöckli es gar nicht zu realisieren scheint.

Das weissgetigerte Büsi ist eine von sieben Katzen, die Jenny Turner und ihre Kolleginnen

an diesem Montagmorgen behandeln. Sie kommen von einem Hof im Berner Mittelland. Als ihr Besitzer vor wenigen Wochen verstarb, wurde die Polizei auf die vielen Tiere aufmerksam und informierte die Gemeinde. Diese wandte sich schliesslich an die Tierschutzorganisation Network Animal Protection (NetAP).

Das Netzwerk, das nicht nur in der Schweiz aktiv ist, kümmert sich unter anderem um verwahrloste oder verwilderte Katzen. Partner-Tierarztpraxen chippen und kastrieren die Tiere, damit sie sich nicht unkontrolliert vermehren. Denn die Schweiz hat ein Katzenproblem.

Schätzungsweise 2 Millionen Katzen gibt es in der Schweiz – und es werden mehr. Eine Studie im Auftrag des Bundes nimmt an, dass rund 225'000 von ihnen herrenlos sein dürften, wobei der Unsicherheitsbereich sehr gross ist. Die meisten dieser Streuner sind auf Bauernhöfen geboren. Laut NetAP werden jedes Jahr um die 200'000 Katzen getötet – vielfach ohne vorherige Betäubung und damit meist widerrechtlich.

Dass es nur Schätzungen gibt, liegt daran, dass für Katzen – anders als für Hunde – in der

Schweiz keine Registrierungspflicht gilt. Doch das könnte sich ändern. Kommenden Dienstag wird der Nationalrat voraussichtlich einen Vorstoss von Grünen-Nationalrätin Meret Schneider beraten. Sie fordert eine schweizweite Chip- und Registrierungspflicht für Büsis.

Der Bundesrat spricht sich dafür aus. Müssten Tierhalter ihre Katzen registrieren, «nimmt das Verantwortungsgefühl automatisch zu und damit auch die Sorge um die Tiere», argumentiert die Regierung. Eine Chippflicht ermögliche die Eindämmung der unkontrollierten Katzenpopulation, zudem sei so sichergestellt, dass jede Katze mit Katzenhalter zumindest einmal zur Tierärztin kommt, wo er bezüglich Impfung oder Kastration informiert werden kann.

Nicht zuletzt, schreibt der Bundesrat, würde damit eine Datengrundlage geschaffen, «um den Einfluss der Katzen auf die Biodiversität genauer zu untersuchen». Indem sie jährlich Millionen von Vögeln, Mäusen und Reptilien töten, stellen sie eine Gefahr für die Artenvielfalt dar. Diese Vorteile streicht auch Esther Geisser hervor, Gründerin und Präsidentin der Tierschutzorganisation NetAP.

«Wir würden eine Chippflicht sehr begrüssen», sagt sie. Dies sei ein wichtiger Schritt, um das Katzenelend zu verringern. Doch damit ist es aus ihrer Sicht nicht getan.

In der Tierklinik Sonnenhof klaubt Tierärztin Jenny Turner das Skalpell aus der sterilen Verpackung. Schneeflöckli ist schon kastriert, sie ist die älteste der Katzen und gehörte einst den Eigentümern des Hofes, auf dem der Verstorbene lebte – darum kennt man auch ihren Namen.

Wer von den anderen Hofkatzen noch nicht kastriert ist, dem steht der Eingriff heute bevor. Praxisassistentin Lorena Ciarcià rasiert dem schwarz-weiss getigerten Kater, der später auf den Namen Mats getauft wird, das Gemächt. Zwei kleine Schnitte, die Samenleiter verknoten – Schluss ist mit der unkontrollierten Vermehrung.

Geissers Organisation macht sich schon seit Jahren dafür stark, dass alle Katzen mit Freilauf kastriert werden müssen. Sie verweist auf Deutschland, wo in über 2000 Städten und Gemeinden eine kombinierte Chip- und Kastrationspflicht gelte. Nur so könne man die Katzenpopulation in den Griff kriegen. Auch diese Forderung hat Grünen-Na-

tionalrätin Meret Schneider ins Parlament gebracht, doch dem Bundesrat geht eine obligatorische Kastration von Freigängerkatzen zu weit. Der Nationalrat wird darüber erst nach der Diskussion über die Chippflicht befinden.

Darum nehmen Tierschützer die Sache in die Hand. Jeden Winter, wenn die Katzen nicht rollig sind, führen sie Massenkastrationen durch. Sie sind aber auch den Rest des Jahres im Einsatz – zum Beispiel, wenn die nächste Generation einen Bauernhof übernimmt und genug hat von der unkontrollierten Katzenvermehrung. Wenn Nachbarn im Quartier herumstreuende Katzen auffallen. Oder, wie im Fall von Schneeflöckli, bei einem Todesfall.

Mit gut 15 Katzen-Transportboxen im Kofferraum rückte NetAP-Helferin Claudia Schär am Vortag des Tierarzt-Termins auf den Hof aus. Die Fallen hat sie schon ein paar Tage vorher aufgestellt, stellte sie aber noch nicht scharf: Die Tiere sollten sich zuerst einmal an die grünen Metallkonstruktionen gewöhnen. Zudem platzierte sie eine Überwachungskamera in der Hoffnung, so herausfinden zu können, wie viele Katzen der

Verstorbene genau hinterlassen hat.

Die Eigentümer des Hofes haben die Tiere tags zuvor nicht mehr gefüttert. Das Nassfutter in den Käfigen soll die hungrigen Katzen in die Falle locken. Bei Schneeflöckli ist das nicht nötig. Sie lässt sich ohne grösseren Widerstand in die Box stecken. Vier weitere Katzen sind innerhalb weniger Minuten eingefangen, sie maunzen und winden sich, als die Fallentür zuschnappt. Die anderen realisieren spätestens jetzt, dass etwas faul ist, und verziehen sich unter Paletten und hinter herumstehenden Maschinen.

Auf dem Hof des verstorbenen Katzenbesitzers gelingt es Claudia Schär und ihren Kolleginnen, zehn Katzen einzufangen. Nicht immer können die Tiere, nachdem sie gechipt und kastriert wurden, an neue Besitzer vermittelt werden. Die Tierheime sind voll.

Im aktuellen Fall findet NetAP für die Hälfte der Tiere einen Platz beim Tierschutz Romanshorn TG. Die anderen können vorerst in ihrem bisherigen Zuhause bleiben. Die Eigentümer, die dort noch leben, erklärten sich bereit, sich um die Katzen zu kümmern.